



BürgerInnenbrief

25. Februar 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Erbbaurechtliches +++ Harburg für alle! +++ Sozialer Arbeitsmarkt für Hamburg! +++ Neue Mitte Altona: Ohren zu?

Erbbaurecht: Theorie und Praxis

Von Heike Sudmann



Osterbrookviertel mit BCFG-Wohnanlagen (www.bfgg.de)

Wenn es um den Umgang mit städtischen Grundstücken geht, hat DIE LINKE in Hamburg eine relativ klare Position: Öffentliche Grundstücke sollen nicht verkauft, sondern von der Stadt im Erbbaurecht vergeben werden. Sozialpolitisch verantwortungsvolle Genossenschaften sollen dabei vorrangig berücksichtigt werden. In der Hamburgischen Bürgerschaft stand jetzt eine Entscheidung an, bei der es nicht einfach war, die Grundsatzbeschlüsse der Partei und die Realität in Einklang zu bringen.

Um was geht es?

Zwei alte hamburgische Genossenschaften, die Genossenschaft freier Gewerkschafter (BFGG) und die Allgemeine Deutsche Schiffszimmerergenossenschaft (ADS), wollten insgesamt 32 Erbbaurechtsgrundstücke, deren Verträge noch rund 40 Jahre laufen, von der Stadt kaufen (s. Bürgerschaftsdrucksache 20/10092). In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat es bereits etliche Verkäufe von Erbbaurechtsgrundstücken gegeben. Diese Einzelverkäufe wurden und werden in der Kommission für Bodenordnung ohne Extrabefassung der Bürgerschaft beschlossen. In der Kommission hat DIE LINKE im Gegensatz zu allen anderen Bürgerschaftsfraktionen bis heute keinen Sitz. Rechtlich ist das möglich, politisch ist es

eine Schweinerei – das nur am Rande nochmals erwähnt. Da es sich bei den 32 Grundstücken der BFGG und der ADS um ein großes Paket im Gesamtwert von rd. 48 Mio. Euro handelt, hat die Kommission die Bürgerschaft um eine Beschlussfassung gebeten.

Die Position der Genossenschaften

Um herauszufinden, was die Beweggründe der Genossenschaften sind und um für das Erbbaurecht zu werben, haben Michael Joho und ich mit den Vorständen gesprochen. Der Tenor in beiden Gesprächen lässt sich so zusammenfassen:

- Es gibt schlechte Erfahrungen der Genossenschaften mit der Stadt, wenn es um Verlängerung bzw. Rückfall von Erbbaurechten geht.
- Aufgrund der Unsicherheit, wie die Stadt sich am Ende der Laufzeit verhält, sind für die Genossenschaften 10 bis 15 Jahre vor Ablauf des Erbbaurechts Investitionen problematisch bzw. beschränken sich auf das absolut Notwendige. Grundsanierungen oder Modernisierungen werden nur vorgenommen, wenn die Nutzungsdauer noch mindestens 30 bis 50 Jahre gesichert ist.
- Durch die derzeitige Zinsmarktsituation, die Zugrundelegung des aktuellen Bodenwerts und eine ungünstige Be-

rücksichtigung bzw. Gegenrechnung der erfolgten Einmalzahlung bei Beginn des Vertrages sind Verlängerungen der Erbbaurechtsverträge wirtschaftlich für die Genossenschaften eine Belastung.

Die Stadt bzw. der Senat sind nicht bereit, Erbbaurechtsverträge zu günstigeren Konditionen zu vergeben, damit eine Verlängerung des Erbbaurechts auch für die Genossenschaften interessant wird.

Die Debatte im Stadtentwicklungsausschuss

In der Beratung des Stadtentwicklungsausschusses am 14. Januar 2014 zeigte sich wieder, dass die LINKEN die einzigen sind, die sich überhaupt Gedanken zum Erhalt städtischen (Grund-)Eigentums machen. Erbbaurecht wird von allen anderen als überkommenes Instrument abgetan, eine andere – und damit attraktivere – Ausgestaltung des Erbbaurechts wird nicht einmal überlegt. Oberstes Ziel bleibt der Verkauf.

Erreichen konnte ich, dass ein Verbot der Umwandlung der Mietwohnungen in Eigentumswohnungen festgeschrieben wurde (Umwandlungen dürften für Genossenschaften aber auch kein Ziel sein). Belegungsbindungen sollen zukünftig verhandelt werden, im vorliegenden Fall seien die Verhandlungen für Veränderungen zu weit fortgeschritten.

Die Position der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Wohnen

In der LAG der Hamburger LINKEN haben wir am 24. Januar 2014 über die anstehende Bürgerschaftsentscheidung diskutiert. Dabei kamen ganz unterschiedliche Argumente und Positionen zum Tragen (hier eine Auswahl aus den Protokollnotizen der LAG-SprecherInnen):

- Die Hausbanken signalisieren den Genossenschaften, sie bräuchten gegen Ende der Laufzeit Investitionssicherheit.

- Zu beachten sei, welche Genossenschaften kaufen wollen – einige verhalten sich wie normale Immobilienfirmen.
- Bindungsfristen und Laufzeit müssten verhandelt werden, ein Verkauf sei nicht grundsätzlich abzulehnen.
- Es sei wichtig, nicht von unserer grundsätzlichen Position – kein Grundstücksverkauf – abzurücken, trotzdem müsse aus konkreter Situation heraus entschieden werden; ggf. sei die Verlängerung der Laufzeiten eine Lösung.
- Grundsätzlich solle es keinen Verkauf geben, der nur die Banken mäset; die Stadt solle Grundstücke kostenlos für den Bau von Sozialwohnungen zur Verfügung stellen.
- Eine Zustimmung zum Verkauf würde einen Präzedenzfall schaffen, da gäbe es keine Bremse mehr.
- Wir sind die Bremse; wir müssen Bedingungen formulieren, um Erbpacht attraktiver zu machen. Derzeit stehen hohe Erbpachtzinsen niedrigen Hypothekenzinsen gegenüber.
- Mieten in Genossenschaften liegen teilweise unter den Mieten im 1. Förderweg; ein positives Signal an investitionsunwillige Genossenschaften wäre wichtig.
- Es muss alles getan werden, was günstigen Wohnraum schafft und erhält.

Im abschließenden Meinungsbild gab es keine Stimme für einen Verkauf, drei Stimmen für eine Ablehnung des Verkaufs und neun Stimmen für eine Enthaltung. Da das real existierende Erbbaurecht unter den derzeitigen Bedingungen wenig attraktiv bzw. wirtschaftlich nachteilig und damit mietpreistreibend ist, will die LAG sich mit dem Thema weiter beschäftigen, insbesondere mit der Frage, wie das Erbbaurecht ausgestaltet werden muss, damit es für Genossenschaften und andere Bauträger eine wirtschaftliche Alternative bleibt.

Dem LAG-Meinungsbild entsprechend hat sich die Linksfraktion in der Bürgerschaft bei der Abstimmung enthalten.

Harburg für alle – das bleibt unser Leitmotiv!

Von Sabine Boeddinghaus, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion in der Harburger Bezirksversammlung



Harburger LINKE (Sabine Boeddinghaus, 1. R., 3.v.l.)

In Harburg leben Menschen aus vielen unterschiedlichen Kulturen, Familien, Singles, Kinder, SeniorInnen, Flüchtlinge, Asylsuchende, Auszubildende, StudentInnen der Technischen Universität Harburg, Obdach- und Wohnungslose. Sie alle brau-

chen bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeit bzw. eine auskömmliche Rente, soziale und kulturelle Angebote und eine umfassende Gesundheitsvorsorge. Die junge Generation braucht gute und gebührenfreie Betreuungsangebote, gerechte und

faire Bildungschancen und einen Ausbildungs- bzw. Studienplatz.

Unter dem Druck der Schuldenbremse gelingt es dem Bezirk Harburg immer weniger, diesen Aufgaben in angemessener und menschenwürdiger Art und Weise gerecht zu werden. Die allein regierende SPD agiert im Schulterschluss mit der Verwaltung und in größter Unterwürfigkeit dem eigenen Senat gegenüber hilf- und planlos, sie verwaltet den Mangel, anstatt zu gestalten, und setzt auf einmalige Event-Veranstaltungen wie den Harburger Innenstadt-Dialog – den Wahlkampf fest im Blick – anstatt für nachhaltige Beteiligungsverfahren zu sorgen.

Besonders anschaulich wird dies beim Wohnungsbau. Zwar wurde im eigenen Wohnungsbauprogramm eine Förderquote von 30% festgelegt und mit großer Geste bereits zwei Wohnungsbaukonferenzen veranstaltet, allein die SPD wird ihren selbst gestellten Zielen oft genug nicht gerecht, schon gar nicht im neuen Vorzeigestadtteil, dem Harburger Binnenhafen. Unter dem Label der IBA und in blindem Vertrauen auf Investoren lässt sich die Verwaltung und mit ihr die SPD am Nasenring durch die Wohnungsbaumaniege ziehen und preist dieses Gebiet am Wasser als kleine Hafencity und damit Harburgs Vorzeigestadtteil an, »unbelastet« von möglichst wenig öffentlich gefördertem Wohnraum.

Zwar wagt die SPD mit Hilfe der IBA-PlanerInnen mehr sozialen Wohnungsbau auf dem Gebiet der ehemaligen Röttiger-Kaserne als zu CDU-Grüne-Zeiten, aber sie hat nicht das Rückgrat, der CDU-, Grünen- und FDP-Rhetorik, »Harburg sei belastet genug«, wirksame Konzepte und eine klare Haltung entgegenzusetzen. Hier übernimmt DIE LINKE eine wichtige Aufgabe, indem sie auf die Rolle gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften hinweist und bei jedem Bauprojekt die soziale Frage stellt.

Ja, Harburg hat einen enormen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Familien, SeniorInnen, StudentInnen, Auszubildende, Flüchtlinge, Obdachlose und für Jungerwachsene, die, bevor sie über ihre Zukunft entscheiden können, erst einmal dringend von zu Hause raus müssen. Das zeigen die aktuellen Zahlen der vor einem Jahr in Harburg gegründeten Jugendberufsagentur allzu deutlich. Da helfen keine Sanktionen, sondern einzig und allein neue Wohnungen! Unsere Anfragen an das Bezirksamt haben gezeigt, dass z.B. wohnungslose Menschen über einen langen Zeitraum in öffentlichen Unterkünften leben, weil sie keinen Wohnraum finden; StraßensozialarbeiterInnen berichten vom so genannten Couchhopping junger wohnungsloser Menschen. Nicht selten bedeutet das vor allem bei Mädchen den Gang in die Prostitution.

Apropos Straßensozial- und Offene Kinder- und Jugendarbeit. Mit den zehnprozentigen Kürzungen sind viele Angebote der Jugendhilfe bedroht bzw. stark eingeschränkt worden. Wichtige Strukturen von Krippe-Kita-Ganztagsschule sollen nun alle Bedürfnisse von Kinder und Jugendlichen abdecken und befriedigen. Das wird nicht gelingen und ist auch nicht sinnvoll. Gerade in einem Bezirk wie Harburg, in dem so viele Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturen und vielfältigen sozialen Milieus leben, braucht es regionale



Verkehrsschneise B73 in Harburg (wikipedia)

freiwillige und kostenlose Angebote am Nachmittag und am Wochenende, um ein respektvolles Miteinander und dringend notwendige Lebenshilfe zu organisieren. Aufgrund eines Antrages unserer Fraktion wurde offenbar, dass durch die Einführung des JUS-IT-Programmes die originären Aufgaben von MitarbeiterInnen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD), vor Ort bei den Familien zu sein, in den Hintergrund getreten sind, 70% ihrer Arbeitszeit verbringen sie am Schreibtisch. Damit in Harburg der Kinderschutz gewährleistet werden kann, braucht der ASD mehr und gut ausgebildetes Personal und sehr viel niedrigere Fallzahlen bei der Betreuung und Unterstützung der Hilfesuchenden. Schuldzuweisungen und weitere Kontrollinstrumente wirken kontraproduktiv.

Harburg geht mit dem gemeinsam von seiner Integrationsbeauftragten, den vielen MigrantInnenorganisationen und Vereinen und der Politik entwickelten Konzept der interkulturellen Meile, der Integrationskonferenzen und der anstehenden Gründung eines Integrationsbeirates einen positiven Weg hin zu mehr Interkulturalität und Verständigung. Dazu braucht es eine dauerhaft abgesicherte Stelle eines/r Integrationsbeauftragten, damit dieser Prozess nachhaltig und wirkungsvoll gestaltet und begleitet werden kann.

Im Bezirk Harburg mit seiner überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote und einer sehr deutlichen sozialen Spaltung in Arm und Reich besteht großer Handlungsdruck, um durch qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote, durch Maßnahmen für einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter, tariflich gebundener Beschäftigung und durch nachhaltige Unterstützungsprogramme im sozialen Bereich für gute Lebensbedingungen für alle HarburgerInnen zu sorgen. Dies geht nicht mit zeitlich und finanziell begrenzten ESF- und RISE-Mitteln, dies gelingt dauerhaft nur mit öffentlichen, im Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg fest eingepflanzten und auskömmlichen finanziellen Ressourcen.

Der Bezirk Harburg ist geprägt durch eine massive Zerschneidung durch Bundesstraßen, Autobahnen und Schienenverkehre und eine hohe Belastung mit stark anwachsenden LKW-Verkehren. Konzepte für tragfähige Lärm- und Schadstoffschutzmaßnahmen sind dringend geboten, ein umfassendes Verkehrskonzept für den gesamten Süderelberaum über seine

Landesgrenzen hinweg ist dringend überfällig. Alle Expertisen weisen den Süden Hamburgs als das am stärksten vom Verkehr belastete Gebiet aus, hier droht uns ein Verkehrskollaps unter schwerer Beeinträchtigung der AnwohnerInnen mit Lärm und Dreck. DIE LINKE regt hier die ernsthafte Prüfung weitreichender und unkonventioneller Verkehrspläne an, wie z.B. eine Troglösung, um den Güterverkehr in die Erde zu verlegen, eine S-Bahnstrecke durch einen zusätzlichen Elbtunnel oder einen unterirdischen Verlauf für den Containerverkehr durch die Haake ins Umland. Die Hafenerweiterung bzw. den Bau der A 26 lehnen wir ab, weil dieses Monsterprojekt Hamburgs Süden noch mehr Verkehrsaufkommen, Lärm- und Umweltbelastungen bescheren würde.

Ein ganz besonderer Stadtteil Harburgs ist Moorburg. Er liegt im so genannten Hafenerweiterungsgebiet mit der Folge, dass dort keinerlei Stadtentwicklungsplanung stattgefunden hat. DIE LINKE will Moorburg aus dem Hafenerweiterungsplan

entlassen und dafür sorgen, dass auch hier Wohnungsbau stattfinden kann und der Stadtteil damit wieder eine langfristige und lebenswerte Perspektive erhält. Dazu gehört selbstverständlich auch unsere Forderung nach Stopp des Vattenfall-Kohlekraftwerks Moorburg.

Angesichts der Planung einer weiteren Zentralen Erstaufnahmestelle (ZEA) für Flüchtlinge in der Alten Post am Harburger Bahnhof meldet sich die NPD mit menschenverachtenden Pamphleten zu Wort und versucht mit der schmutzigen These »Das Boot ist voll« Widerhall in der Harburger Bevölkerung zu finden. Wir sagen: Keinen Fußbreit den Faschisten! Wir werden uns gemeinsam mit Bündnispartnern und demokratischen Kräften parlamentarisch wie außerparlamentarisch in Harburg dafür einsetzen, dass Rechtspopulisten und Faschisten ihre menschenverachtenden Ansichten nicht verbreiten können und nicht in die Bezirksversammlung einziehen.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Eine wunderbare Idee setzt gegenwärtig der Berliner Landesverband der Naturfreunde um. In der Bundeshauptstadt gibt es im öffentlichen Nahverkehr ein BVG-Umweltticket, mit dem unter der Woche ab 20 Uhr und am Wochenende rund um die Uhr jeweils eine weitere erwachsene Person und bis zu drei Kinder mitgenommen werden können. Der Clou: Wer das etwaigen MitfahrerInnen anbieten möchte, klebt sich einen Button an, eine Aktion, die auch die Berliner Verkehrs-Betriebe für legitim halten. Mehr zu dieser auch für Hamburg denkbaren Aktion unter www.ticketteilen.org.

Was viele nicht wissen: Die Landeszentrale für politische Bildung und das Jugendinformationszentrum unterhalten am Dammtorwall 1 einen **Informationsladen**. Hier sind quasi alle Veröffentlichungen der Freien und Hansestadt Hamburg, aber auch weitere

Materialien, Broschüren und sogar Bücher (teilweise gegen eine kleine Gebühr) zu erhalten. Die Landeszentrale ermöglicht jedem Besucher und jeder Besucherin, **gegen Zahlung eines Beitrages von 15 Euro jeweils fünf Neuerscheinungen** aus dem klug ausgewählten Angebot auszusuchen. Zurzeit sind beispielsweise Esther Bejaranos »Erinnerungen. Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen rechts« zu bekommen, im Laden kostet das Buch immerhin 21 Euro ...



Gleich zwei für alle sozial-, stadtteil- und -entwicklungspolitisch interessierten Menschen und Initiativen interessante Publikationen hat jüngst das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein herausgegeben. Am 14. Januar ist die erste Ausgabe des Periodikums »Statistik informiert« im neuen Jahr erschienen. Auf elf Seiten wird über **Sozialleistungen in den Hamburger Stadtteilen 2012** Bericht erstattet. Es handelt sich um Daten, die die soziale Spaltung veranschaulichen, wenn z.B. die höchste Hilfequote in Rothenburgsort/Billbrook festgestellt wird – hier erhalten 29,2% der Bevölkerung Sozialleistungen –, während es in Blankenese/Nienstedten gerade mal 1,2% sind. Alles zu finden im Web unter <https://www.statistik-nord.de/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/sozialleistungen-in-den-hamburger-stadtteilen-2012/>. Beim zweiten Material handelt es sich um die am 18. Februar erschienene Neuausgabe der alljährlich veröffentlichten **Hamburger Stadtteilprofile 2013**. Auf 252 Seiten werden für jeden Hamburger Stadtteil zwei Seiten praller Daten zur

Bevölkerung, zur Sozialstruktur, zum Wohnen, zur Infrastruktur und zum Verkehr geliefert. Grafiken ermöglichen ebenfalls, einen Blick auf die zunehmende Segregation zu werfen. Im Netz zu finden unter http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_I_2014_komplett.pdf.

Nicht minder wichtig für alle in den Stadtteilen und Bezirken Engagierten sind die Unterlagen der Bezirksversammlungen und ihrer Ausschüsse. So ist z.B. der Bezirk Hamburg-Mitte dazu übergegangen, die entsprechenden Unterlagen ins Netz zu stellen. Für Mitte schaut mensch hier: <http://ratsinformation.web.hamburg.de:84/bi/allris.net.asp>. Die **Bürgerinformationssysteme der Bezirke** lassen sich unter dieser Webadresse ansteuern: www.hamburg.de/...<Name des Bezirks>/bezirksversammlung.



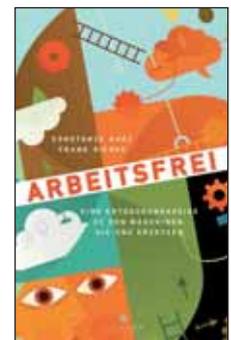
Das »Mobile Beratungsteam gegen rechts« hat in Kooperation mit dem Bildungsträger »Arbeit und Leben« (AuL) jüngst eine Broschüre unter der Überschrift **Umkämpfte Räume – Rechte Strukturen in Hamburg und das Engagement gegen sie** herausgegeben. Das höchst interessante Material informiert über Zustand und Entwicklung der Nazis und vermittelt etliche Beispiele gelungener Gegenwehr. Als Broschüre bei AuL im Gewerkschaftshaus zu beziehen oder herunterzuladen unter <http://www.hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D226883702.pdf>.

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme präsentiert **vom 25. Februar bis zum 29. März** in der Zentralbibliothek der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (Hühnerposten 1) die Ausstellung **Der Hamburger Hafen im Nationalsozialismus. Wirtschaft, Zwangsarbeit und Widerstand**. Zur Ausstellung und zum Begleitprogramm mehr unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.



Für **Samstag, den 1. März**, bereiten die Initiativen wieder eine Großdemonstration für die Lampedusa-Flüchtlinge vor. Die **Parade for our rights – We are here to stay** wird sehr bunt ausfallen, die TeilnehmerInnen werden gebeten, Kostüme anzulegen, Masken aufzusetzen, Deko, Transpis, Musik und alles, was Freude macht, mitzubringen. Der Demoauftritt ist um 13.00 Uhr auf dem Hachmannplatz, direkt vor dem Hauptbahnhof. Mehr dazu im Netz unter <http://www.lampedusa-hamburg.info>.

Arbeitsfrei – Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen: Um das von Frank Rieger unter diesem Titel verfasste Buch (Riemann-Verlag) geht es am **Dienstag, den 4. März**, um 18.30 Uhr im DGB-Bildungszentrum im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 56). Mit dem Autor und Sprecher des Chaos Computer Clubs diskutiert auf Einladung des gewerkschaftlichen Kulturvereins Be60 die neue DGB-Vorsitzende Katja Karger über die Auswirkungen der digitalen Wende auf Auskommen und Beschäftigung. Der Eintritt beträgt 8 Euro, Karten im Vorverkauf gibt es bei der Büchergilde (Besenbinderhof 61).



Unter der Frage **Über die Elbe gesprungen – wie gelandet?** zieht ein sozialpolitischer Zusammenschluss verschiedener evangelischer Einrichtungen (darunter die Diakonie und das Rauhe Haus) Bilanz über die Entwicklung Wilhelmsburgs in den vergangenen Jahren. Dabei geht es nicht nur um die gelaufene Igs und die IBA, sondern auch um neue Bauvorhaben und das Beteiligungsprojekt »Zukunftsbild Elbinseln 2013+«. Die Veranstaltung findet am **Dienstag, den 18. März**, von 17.30 bis 19.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) statt. Podiumsgäste sind Dirk Kienscherf, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion; Manuel Humburg, Zukunft Elbinsel e.V.; Rainer Zwanzleitner, Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg; Bettina Kiehn, ehemalige Sprecherin des Beteiligungsforums von IBA und Igs. Moderieren wird Burkhard Plemper.

Sozialer Arbeitsmarkt für Hamburg!

Von Tim Golke und Meinulf Krön



Troy McCullough, »movement between concourses«, CC-Liz. (BY 2.0)

Hat das reiche Hamburg kein Geld für langzeitarbeitslose Menschen? Der Sozialverband Deutschland (SoVD) Landesverband Hamburg hat soeben ein Konzept zur Integration Langzeitarbeitsloser in Beschäftigung vorgestellt. Der Vorsitzende des SoVD Hamburg, Herr Wicher, formuliert dazu: »Ein öffentlich eingerichteter und geförderter sozialer Arbeitsmarkt, der nicht allein eine Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt darstellt, wäre aus Sicht des SoVD Hamburg ein erster Schritt zu einem Arbeitsmarkt für alle.« Weiter heißt es: Auf dem Sozialen Arbeitsmarkt müsse es sich um sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Beschäftigung handeln, die existenzsichernd entlohnt und grundsätzlich unbefristet angeboten werde. Als Maßstab werde Vollzeitbeschäftigung und die tarifliche Entlohnung angesetzt. Die öffentlich geförderte Beschäftigung sei gleichermaßen im gemeinwohl-orientierten und im erwerbswirtschaftlichen Bereich möglich. Bevorzugt werden solle die freie Vergabe an Träger, die sich in der jüngeren Vergangenheit durch gute Leistung ausgezeichnet und bewährt hätten sowie die Tariflohn zahlen.

Die Idee zu einem echten sozialen Arbeitsmarkt, der nicht nur aus den arbeitsmarktpolitisch unsinnigen »Ein-Euro-Jobs« im Sinne Senator Scheeles besteht, ist schon lange eine Forderung der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. Bereits Ende 2011 hatte die Linksfraktion in der Bürgerschaft beantragt, dass das Jobcenter team.arbeit.hamburg die Mittel für 500 voll-sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeitsplätze in einem zu schaffenden echten »sozialen Arbeitsmarkt« bereitstellen sollte. Die Mittel sollten anstelle der »Ein-Euro-Jobs« finanziert werden und noch freie Mittel des Eingliederungstitels hierzu genutzt werden. Wichtig war für die Linksfraktion dabei auch, dass die Mittel für die Angebote von Bildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen gleichlaufend mit der Einrichtung eines ech-

ten »sozialen Arbeitsmarktes« mit regulären Arbeitsplätzen aufgestockt werden. Der soziale Arbeitsmarkt sollte in enger Abstimmung mit den Bezirken bei den sozialen Trägern vor Ort eingerichtet werden. Dieser Antrag hatte seinerzeit noch keinen Erfolg. Jetzt drängt sich die Frage eines sozialen Arbeitsmarktes aber wieder unmittelbar auf. Nach wie vor gibt es nämlich Bedarf für etwa 22.000 langzeitarbeitslose Menschen in Hamburg.

Joachim Bischoff – der frühere arbeitsmarktpolitische Sprecher der Linksfraktion – und Bernhard Müller haben hierzu Mitte Februar zu Recht darauf hingewiesen, dass gerade dann, wenn der Bund die Mittel für Arbeitsmarktpolitik zusammenstreicht, zumindest die Landespolitik versuchen muss, die entstehenden Folgen wenigstens abzumildern (siehe www.vorort-links.de/nc/archiv/analysen_ansichten/detail/artikel/die-hamburger-spd-und-das-vernuenftige-regieren/). Die Kürzung der Bundesfördermittel für langzeitarbeitslose Menschen in Hamburg um fast 50% gehe weit über den Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen hinaus, sodass die Förderleistung pro erwerbsfähigem/-r Hilfeempfänger/in deutlich sinke. Sollten die Langzeitarbeitslosen nicht ganz im Regen stehen gelassen werden, wäre es die verdammt »originäre« Pflicht der Landespolitik, durch die Etablierung eines regionalen sozialen Arbeitsmarktes gegenzusteuern. Diesem flammenden Appell können wir uns nur anschließen. Die Linksfraktion wird daher einen erneuten Anlauf zur Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes in Hamburg starten. Diese Initiative wird auf Bundesebene von den Aktivitäten der LINKEN Bundestagsfraktion umrahmt.

Wichtig ist es bei alledem, bei der Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes unbedingt mit der Logik der Agenda 2010 zu brechen. DIE LINKE will daher vor allem gute Arbeit für langzeitarbeitslose Menschen – und Schluss mit je-

der Form von Zwang und Sanktionen. Nötig ist ein Kurswechsel, der eine bessere Finanzierung der Arbeitsförderung und einen Rechtsanspruch der Betroffenen auf Weiterbildung einschließt. Das zugrundeliegende Hauptproblem, das dringend einer bundesweiten Lösung bedarf, ist, dass viele Unternehmen aufgrund von Vorurteilen nicht bereit sind, Langzeiterwerbslose einzustellen. Nach einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gibt nur jeder dritte Betrieb langzeitarbeitslosen BewerberInnen im Einstellungsprozess eine Chance. Dabei beurteilen die Betriebe, die Langzeiterwerbslose einstellen, deren Arbeitsmotivation und Zuverlässigkeit als überwiegend gut oder sogar sehr gut. Auch auf Bundesebene wird daher als zentraler Baustein bei der

Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit die Schaffung öffentlich geförderter Beschäftigung im Sinne eines sozialen Arbeitsmarktes gesehen. Dabei muss allerdings sichergestellt werden, dass keine bestehende Beschäftigung verdrängt wird, dass die Beschäftigten freiwillig arbeiten und nach Tarif bezahlt werden. All das wird auch bei einem regionalen sozialen Arbeitsmarkt in Hamburg zu beachten sein, der im Ergebnis eher als Erweiterung des bestehenden öffentlichen Dienstes zu organisieren wäre. Es ist eine gute Zeit, die nach wie vor breite gesellschaftliche Bewegung für einen sozialen Arbeitsmarkt wieder in die Hamburgische Bürgerschaft als Volksvertretung zu tragen. Hierzu werden wir aktiv und kräftig beitragen.

Neue Mitte Altona: Ohren zu und durch?

Von Heike Sudmann



Diebsteichkurve, Altona (Foto: Reinhard Kraasch wikipedia)

Auf dem ehemaligen Bahngelände in Altona-Nord soll in dem Bereich zwischen Harkortstraße und Fernbahngleise/Viadukt ein neues Wohnquartier mit rund 1.600 Wohnungen entstehen. Der Bebauungsplan-Entwurf mit der Bezeichnung »Altona-Nord 26« wurde jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt, Einwendungen und Anregungen konnten bis zum 17. Februar 2014 erhoben werden. Parallel wurde der Öffentlichkeit der Entwurf eines Vertrages zwischen der Stadt und den EigentümerInnen vorgestellt.

Es begann im Jahr 2006 ...

Die ersten öffentlichen Überlegungen gab es im Jahr 2006, als eine »Architekturolympiade 2006« für ganz Hamburg durchgeführt wurde und eines der zehn Projekte das ehemalige Bahngelände in Altona war. Zu den SponsorInnen zählten nicht nur Banken (wie z.B. die HSH Nordbank), sondern auch Unternehmen der Bau- und Immobilienbranche.

Im Sommer 2010 wurde ein »Eckpunktepapier« über die Entwicklung des Geländes zwischen der Stadt und den damaligen EigentümerInnen (aurelis, DB Netz und Holsten-Brauerei) abgeschlossen. Es dauerte bis zum Dezember 2012, bis

dieses Eckpunktepapier das Licht der interessierten Öffentlichkeit erblickte.

Seitdem gab es zig Verhandlungsrunden mit den EigentümerInnen, die das Ziel verfolgten, eine Einigung über die Entwicklung des Geländes in Form eines »städtebaulichen Vertrags« zu erlangen. Mittlerweile gehört das Gelände laut Senat drei EigentümerInnengemeinschaften:

- dem Immobilienentwickler aurelis Real Estate GmbH & Co. KG, der nach der Ausgliederung aus dem DB-Konzern bald zu mehr als 90% dem einschlägig bekannten Unternehmen Redwood Grove International gehören wird,
- der Grundstücksgesellschaft 69. Panta (ein Unternehmen der ECE Hamburg) sowie
- der Grundstücksgesellschaft 112. Panta, die aus einem Konsortium von Behrendt Wohnungsbau, Harmonia Immobilien, Fraatz Bauunternehmen und ECE besteht.

Diese EigentümerInnen und die Stadt haben nun nach jahrelangen Verhandlungen einen städtebaulichen Vertrag entworfen, der Anfang des Jahres in vier öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt wurde. Angeblich sollte es Möglichkeiten zu Veränderungen des Entwurfs geben.

... und fand seinen vorläufigen Tiefpunkt im Februar 2014

Am 18. Februar 2014 fand die Abschlussveranstaltung zum städtebaulichen Vertrag für die Neue Mitte Altona statt. Vor rund 150 BesucherInnen wurde von den VertreterInnen der Behörden und der EigentümerInnen klargemacht, dass es wenig bis keine Veränderungen geben wird. Dabei gibt es immer noch ungeklärte Punkte, vor allem die Frage des Lärms, verursacht durch das alte Eisenbahnviadukt. Dieses Viadukt bleibt im Betrieb, wenn der Fernbahnhof Altona nicht nach Diebsteich verlegt wird. Ob die Deutsche Bahn ihre wiederholt angekündigte und verschobene Entscheidung zu einer Verlegung des Fernbahnhofs Altona nunmehr im zweiten Quartal 2014 treffen wird, vermochte auf der Abschlussveranstaltung niemand verbindlich zu sagen.

Das Thema Lärm kam in den Vorträgen der BehördenvertreterInnen nicht vor, erst auf Nachfragen des Publikums wurden eingegangene Forderungen und Einwendungen bestätigt. Bis heute hat es kein klärendes Gespräch mit der Bahn über eine mögliche Sanierung der »Quietschkurve« gegeben. Rechtlich ist die Bahn bei Weiterbestehen des Viaduktes zu keinen Lärmschutzmaßnahmen verpflichtet.

Die erneut geäußerte Kritik, dass die Bodenwertsteigerung zugunsten der InvestorInnen viel zu gering angesetzt wurde, wurde nicht wirklich widerlegt. Oberbaudirektor Walter meinte, die Wertgutachten sollten akzeptiert werden, man könne einen langjährigen Rechtsstreit führen, der würde aber vor allem den Baubeginn verzögern. Und das darf anscheinend auf gar keinen Fall geschehen, würden doch so die Zielzahlen des Senats mit jährlich 6.000 neuen Wohnungen nicht erreicht. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass zwar mehr Wohnungen entstehen, aber auch mehr lärmgeplagte

BewohnerInnen zu verzeichnen wären. Mit dem Motto »Ohren zu und durch« ist das Lärmproblem jedenfalls nicht zu lösen. Gegenüber dem Erreichen der Wohnungsbauzahlen darf die Wohnqualität nicht zweitrangig sein.

Aus Sicht der Linksfraktion erstklassig sind hingegen die Gewinnmöglichkeiten für die InvestorInnen. Aus ehemals öffentlichem Eisenbahngelände wird ein teures Wohngebiet. Die Planungsgewinne werden kleingerechnet, sodass die InvestorInnen sich nur mit verhältnismäßig geringen Anteilen an den Kosten beteiligen müssen. Fast alle verdienen gut an der Planung, die Zeche zahlen später die BewohnerInnen und die Stadt. Der Vertragsentwurf und auch der Bebauungsplan werden noch in den Gremien des Bezirks und der Bürgerschaft beraten. Ohne Prophetin zu sein, kann ich garantieren, dass es keine gravierenden Änderungen geben wird. Bisher haben mit Ausnahme der Linksfraktion alle anderen Fraktionen die Planungen befürwortet.

Ein Lichtblick geht verloren

Auf der Abschlussveranstaltung am 18. Februar ging auch eine Ära zu Ende. Das Koordinierungsgremium, im Dezember 2011 auf einer BürgerInnenversammlung gewählt, stellt seine Arbeit ein. Mit wahnsinnig großem Engagement, viel Fachwissen und sehr guten Vorschlägen haben die BürgerInnen gezeigt, wie Beteiligung laufen kann. Doch für die Behörden und den Großteil der Politik war das Gremium das ungeliebte Kind, der Stachel im Fleisch. Die meisten Ideen und Vorschläge wurden ignoriert oder mit fadenscheinigen Begründungen vom Tisch gewischt. Das haben die kritischen StreiterInnen für eine bessere Stadtentwicklung nicht verdient. Die Linksfraktion jedenfalls zieht den Hut vor so viel Engagement und sagt einfach DANKE!

Aufruf zum Ostermarsch



Seit 1960 demonstriert die bundesdeutsche Friedensbewegung unermüdlich gegen Aufrüstung und Krieg. Die Hamburger Friedensbewegung hat dabei immer eine besonders aktive Rolle gespielt. Auch in diesem Jahr ruft das »Hamburger

Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.« wieder zum Ostermarsch auf. Er findet wieder am Ostermontag, also diesmal am 21. April, statt. Die Veranstaltung beginnt um 11.30 Uhr mit einer Andacht in der St. Gertrudkir-

che (Immenhof 10), die Auftaktkundgebung startet um 12.00 Uhr in der Straße Immenhof (nahe Mundsburg). Die sich daran anschließende Demonstration mündet gegen 14.00 Uhr in einem Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe in St. Georg. Hier sind ein Musikprogramm, kurze Lesungen und Infostände vorgesehen, für Essen und Trinken ist gesorgt. Nachfolgend drucken wir den Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch ab. Wer ihn als Organisation oder Einzelperson unterzeichnen möchte, teilt dies bitte bis zum 10. März unter folgender Adresse mit: Hamburger Forum, c/o Renate Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455 Hamburg, oder per Email an hamburger-forum@hamburg.de. Weitere Infos gibt es auf der Homepage www.hamburger-forum.org.

Aufruf zum Hamburger Ostermarsch 2014 – Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg!

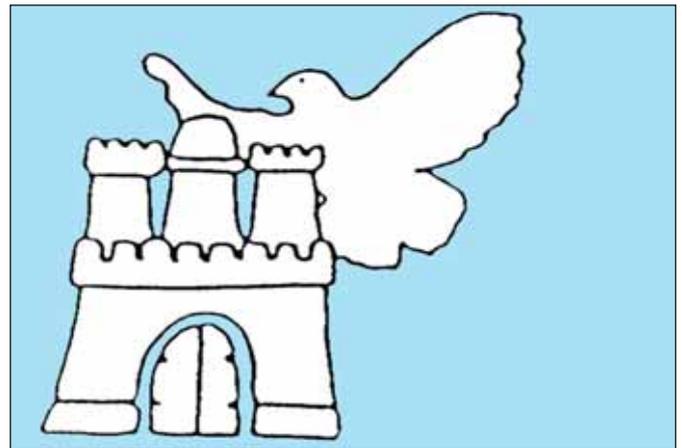
Militärische Auslandseinsätze, also Kriege, lösen keine Probleme, sondern schaffen stattdessen neue. In vielen Ländern – wie im Irak oder in Afghanistan – sind sie die Hauptursache dafür, dass es keine soziale und zivile Entwicklungsperspektive gibt. Auch in Jugoslawien oder in Libyen wurden große Teile der sozialen und ökonomischen Infrastruktur zerstört.

Der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung wurde auf Elendsniveau gesenkt. Als Folge von Kriegen sind viele Menschen zu Flucht und Migration gezwungen. In Hamburg kämpfen die Lampedusa-Flüchtlinge, die der NATO-Krieg aus Libyen vertrieb, um ihr Existenz- und Aufenthaltsrecht. Doch bis zu uns schaffen es nur ganz wenige. Die EU versucht mit einem enormen Aufwand, ihre Grenzen für Flüchtlinge unpassierbar zu machen – mit oft tödlichen Folgen.

Auch länger zurückliegende Kriege haben Folgen bis in die Gegenwart. Die Atombombenabwürfe der USA auf Japan und ihr flächendeckender Einsatz des dioxinhaltigen Entlaubungsmittels »Agent Orange« in Vietnam führen bis heute zu Fehlgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen. Ähnliche Folgen hat heute die von NATO- und US-Streitkräften eingesetzte Munition aus abgereichertem Uran. Die Einsatzgebiete wurden auf unabsehbare Zeit verseucht, besonders im Irak, aber auch in Teilen Jugoslawiens. Der Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar, da er in besonderem Maße Zivilisten trifft.

Die »zivile« Nutzung der Kernenergie gefährdet das Leben von uns allen. Die Beherrschung dieser Technologie öffnet die Tür für die militärische Nutzung. Auch Deutschland könnte mit seinen Plutoniumvorräten in relativ kurzer Zeit eine große Anzahl von Atomwaffen herstellen. Der Hamburger Hafen ist ein internationaler Umschlagplatz für Atomtransporte; davon gehen auch im Frieden Gefahren für die Bevölkerung aus, wie sich beim Brand des Frachters »Atlantic Cartier« am 1. Mai 2013 zeigte. Durch Spionage und das flächendeckende Sammeln von Daten aller Art werden die Rechte von Millionen Menschen missachtet. In vielen Fällen gerieten Unbeteiligte in das Visier der Geheimdienste, sie wurden unschuldig inhaftiert, teilweise gefoltert oder sogar ermordet.

Der Einsatz von Drohnen zur gezielten Tötung verletzt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien. Unter den mittler-



www.hamburger-forum.org

weile tausenden Opfern ist ein großer Anteil Zivilisten. Die Militarisierung bedroht auch die demokratischen Rechte in den kriegführenden Staaten. Die Bundeswehr hat Strukturen für den Inlandseinsatz aufgebaut. Einsätze gegen Demonstranten und Streikende sind auch bei uns möglich. In Hamburg bedroht die selbstherrliche harte Linie der Polizei demokratische Grundrechte.

Die Rechtfertigungen für den Einsatz des Militärs, wie die »Schutzverantwortung für Menschenrechte« oder der Kampf gegen den »islamistischen Terror«, sollen die Bevölkerung in den westlichen Industrieländern dazu bringen, die finanziellen und sonstigen Lasten von Hochrüstung und Krieg zu ertragen oder sogar zu unterstützen. Die eigentlichen Gründe, wie die Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen, sollen nicht ins Bewusstsein dringen – denn es sind nicht die Interessen des überwiegenden Teils der Bevölkerung, sondern die von großen, international agierenden Konzernen, die den ungehinderten Zugang zu billigen Rohstoffen und Märkten durchsetzen oder aufrechterhalten und Konkurrenten ausschalten wollen.

Der Nahe Osten mit seinen Erdöl- und Gasvorkommen leidet in besonderem Maße unter der militarisierten Außenpolitik westlicher Staaten. Das gilt auch für den ressourcenreichen afrikanischen Kontinent, wo die EU ihre Interessen immer stärker auch mit militärischen Mitteln verfolgt. Die große Koalition, propagandistisch begleitet vom Bundespräsidenten, forciert diese Militarisierung nach innen und außen.

Rüstung und Krieg sind die Haupthindernisse für eine demokratische, soziale, ökonomisch und ökologisch sinnvolle Entwicklung. Daher gehen wir Ostern auf die Straße und fordern:

- Rückzug aller Bundeswehrsoldaten aus den weltweiten Kriegseinsätzen
- Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Drastische Abrüstungsschritte bis hin zur Auflösung der Bundeswehr
- Abbau von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport – kein Umschlag von Waffen und Atommaterialien im Hamburger Hafen
- Konversionsprojekte für die Rüstungsindustrie zur Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze.

- Beendigung aller militärischen Drohnenprojekte – internationale Ächtung von Drohneneinsätzen
- Keine Rüstungsforschung in Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen und Hochschulen.
- Keine Anwerbung von Minderjährigen für die Bundeswehr – Deutschland muss sich an seine internationalen Verpflichtungen halten
- Verzicht auf die nukleare Teilhabe: Einstellung der Übungen der Bundeswehr für den Atomwaffeneinsatz.
- Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden statt deren Modernisierung
- Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten
- Stilllegung aller Atomanlagen – sofort: Atomindustrie ausgestrahlt
- Weltweite Ächtung von Uranmunition
- Dauerhafte Aufnahme von Kriegsflüchtlingen: Asylrecht statt Abschottung.
- Öffnung der Grenzen statt militärischer Abwehr von Flüchtlingen

Hamburg im Wahlkampfstress?

Von Joachim Bischoff



König Olaf in der Bürgerschaft, 23.3.2011 (Foto: Peter Weis/wikipedia)

Der SPD-Senat hat den 15. Februar 2015 als Termin für die Bürgerschaftswahl vorgeschlagen. Ob an dem Tag auch wirklich gewählt wird, hängt allerdings vom Landesparlament ab. Nach Artikel 12 der Verfassung bestimmt die Bürgerschaft den Wahltag auf Vorschlag des Senats. An ihrer Zustimmung gibt es jedoch keinen Zweifel. Zuvor finden am 25. Mai dieses Jahres die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt, und die Wahlbeteiligung sowie das Abschneiden der Parteien werden Hinweise für die politischen Themen der letzten Monate der laufenden Wahlperiode liefern.

Knapp drei Monate vor den Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen schält sich heraus, dass die Regierungspolitik der Sozialdemokratie vor allem auf Bezirksebene mehr Probleme gebracht hat. Die zusammenfassende Formel: weniger Finanzmittel und massive Personalkürzungen. Die Grünen fordern ein Notfallprogramm von 20 Mio. Euro, um einen

Kollaps für die Bezirksverwaltungen abwenden zu können. »Das Sparkonzept des Senates ist eines, das die Bezirksämter an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit bringt«, unterstreicht Grünen-Fraktionschef Jens Kerstan. Ohne eine spürbare Entlastung könnten wesentliche Dienstleistungen nicht mehr gewährleistet werden. Die Grünen haben sicher recht, aber mit einem Sonderprogramm von 20 Mio. Euro kann die durch die Schuldenbremse auf der Ebene der Bezirke angerichtete Verwüstung nur wenig gelindert werden.

Da in den nächsten Monaten die Auseinandersetzungen über den Doppelhaushalt 2015/16 anstehen, könnte neben einem Notfallprogramm die Forderung nach einer entsprechenden Finanzausstattung der Bezirke für eine tragfähige Alternative werben. Allerdings werden auch die Beratungen über den kommenden Doppelhaushalt unter dem Diktat der Schuldenbremse stehen. Fakt ist: Hamburg hat trotz massiver

Kürzungen das zurückliegende Jahr immer noch mit einem Fehlbetrag im Haushalt abgeschlossen. Die Neuverschuldung ist deutlich gesunken, aber ein ausgeglichener Haushalt soll erst in der nächsten Wahlperiode erreicht werden.

Mehr Einnahmen und weniger Ausgaben haben im Jahr 2013 dazu geführt, dass das Defizit, also die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, und die Nettokreditaufnahme niedriger waren als vorgesehen. Bis 2019 soll diese Lücke ganz geschlossen werden. Auszugleichen waren 2013 470 Mio. Euro (Plan: 714 Mio. Euro; Ursprungsplan: 597,6 Mio. Euro), nach 592 Mio. Euro im Vorjahr 2012. Statt 450 Mio. Euro mußten nur 197,9 Mio. Euro an neuen Krediten aufgenommen werden. Auch für das laufende Jahr ist noch ein Defizit vorgesehen. Wenn die Konjunktur nicht einbricht und die Prognosen der SteuerschätzerInnen eintreffen, ist ein Haushalt ohne Schulden für 2016 durchaus denkbar – allerdings nur, wenn das Kürzungsprogramm auch auf Bezirksebene und der Personalabbau fortgeführt wird. Das Ende des Diktats der Schuldenbremse ist also auch in Hamburg noch nicht absehbar.

Der SPD-Senat hat es 2013 geschafft, die Beschäftigtenzahlen in der Hamburger Verwaltung abzusinken. Die Zahl der Vollzeitkräfte ging von 59.615 auf 59.450 zurück. Die Personalausgaben stiegen wegen der Tarifsteigerungen dennoch: von 3,661 auf 3,778 Mrd. Euro. Der massive Abbau der Beschäftigtenzahlen ist ein Skandal. »Die behauptete Aufgabenkritik findet nicht statt«, sagte Wolfgang Abel, Landeschef der Gewerkschaft ver.di. »Daher führt Personalabbau nur zu einer Arbeitsverdichtung für die Mitarbeiter und damit zu schlechterem Service für die Bürger.« Das bekräftigte auch ver.di-Fachbereichsleiterin Siggie Frieß: Seit 1992 hätten die Senate mehr als 30% – in den Bezirken fast 40% – des Personals abgebaut. Das werde »auf dem Rücken der Mitarbeiter« ausgetragen. Interne Abteilungen für Beihilfen oder Personal müssten schon tageweise schließen. »Darüber hinaus gibt es Bereiche wie den ASD, die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Beratungsangebote für Menschen in Not, den Kinder- und Jugendhilfenotdienst, die sich stark an ihrer Belastungsgrenze befinden oder diese bereits überschritten haben.«

Trotz großer Probleme auf kommunaler Ebene – Mietpreissteigerungen, Wohnungsnot, Personalkürzungen, Verschlechterungen bei den öffentlichen Dienstleistungen, Vertiefung der sozialen Spaltung in den Quartieren – bereitet sich die SPD auf einen intensiven Wahlkampf vor. Bürgermeister Scholz will eine »sehr, sehr hohe Wahlbeteiligung« erreichen. »Die eigenständige Wahl der Bezirksversammlung macht nur Sinn, wenn wir auch eine hohe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dieser Wahl haben«, so Scholz.

Wenige Monate vor den Bezirkswahlen und ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl ist die politische Stimmung in der Stadt eindeutig. Vor drei Jahren hatte die Wahlbeteiligung nur bei 57,3% gelegen. Jetzt zeigt eine aktuelle Meinungsumfrage, dass sich ein Jahr vor der Wahlentscheidung offensichtlich schon viele BürgerInnen festgelegt haben. 78% der Befragten gaben ihre Wahlabsicht an, nur 14% bezeichneten sich als noch unentschlossen. Lediglich 2% würden nicht wählen, der Rest machte keine Angabe.

Wenn am Sonntag gewählt würde, käme bei erhöhter Wahlbeteiligung die allein regierende SPD auf 48% der Stimmen und könnte ihre absolute Mehrheit, die sie 2011 mit 48,4% errungen hatte, wohl verteidigen. Insgesamt stehen die politischen Ampeln in Hamburg auf Kontinuität. Die CDU-Opposition hätte auch mit einem Bündnis mit dem Grünen keine Chance einer Regierungsalternative. Die CDU käme danach auf 24% und könnte sich gegenüber 2011 leicht verbessern, als sie bei 21,9% landete. Nahezu unverändert sind die Sympathien für die Grünen, die 11% der Befragten wählen würden (2011: 11,2%). Nach dem Rauswurf aus dem Bundestag droht der FDP in der Bürgerschaft das gleiche Schicksal: Die Liberalen sacken von 6,7% auf 3% ab. DIE LINKE schneidet besser ab als 2011 mit 6,4% und kommt derzeit auf 8%.

Mit den Vorgaben der »Schuldenbremse« sowie der Verweigerung von Steuererhöhungen und der Verbesserung des Steuervollzugs, in deren Logik der SPD-Senat sein Mantra von der Deckelung der jährlichen Ausgabensteigerung auf unter 1% begründet, wird sich weder an der Drangsalierung des städtischen Personals, der Ausblutung des sozialen Netzwerks der Stadt noch am Zerfall der öffentlichen Infrastruktur in den nächsten Jahren etwas ändern.

Trotz des geringeren Haushaltsdefizits 2013 gibt es also reichlich Gelegenheit für Kritik am SPD-Senat. Die bürgerlichen Oppositionsparteien in der Hamburger Bürgerschaft aber verpassen diese Chance und verlegen sich darauf, das Schuldendiktat zu verschärfen. So etwa der CDU-Finanzexperte Heintze, wenn er dem Senat vorwirft, die Meldung einer angeblichen Ausgabensenkung von 0,36% sei »in Wahrheit reine Haushalts-PR«. Die Zahlen kann er dabei gar nicht anzweifeln. Was ihn stört ist, dass der SPD-Senat die 420 Mio. Euro, die er 2012 für den hamburgischen Versorgungsfonds und das Sondervermögen Hafen und Stadt ausgegeben hat, 2013 nicht gleich ganz eingespart hat. Aber was ist mit den ganzen Sanierungsbaustellen der schwarzen und schwarzgrünen Regierungen des letzten Jahrzehnts (HSH Nordbank, Elbphilharmonie etc.), auf die der SPD-Senat zu Recht verweist, für die die Stadt noch lange Jahre zahlen muss? Soll der Senat dafür noch mehr Personal entlassen?

Nicht viel besser liest sich die Kritik des Grünen-Fraktionschefs Jens Kerstan, der beklagt, dass der SPD-Senat »die Rücklagen auffrisst«, was ja durchaus auch bei Schwarz-Grün in Mode war. Dass er wenig von der vom SPD-Senat praktizierten Politik versteht, beweist er mit der Behauptung: »Er verweist immer nur auf Eckwerte und Planzahlen und verschiebt die eigentliche Sparrunde auf die Zeit nach der nächsten Bürgerschaftswahl.« Man kann ja vieles vom SPD-Senat behaupten, aber dass er Sparrunden verschiebt, nun wahrlich nicht. Die Grünen sind, wie jetzt auch Hessen bestätigt, Fans einer harten Konsolidierungspolitik. Offensichtlich geht ihnen das, was der sozialdemokratische Senat tut, noch nicht weit genug. In trauter Einigkeit wollen die Parteien des »bürgerlichen Lagers« zügigere und einschneidendere Kürzungen. Bei der Bevölkerung kommt diese Art der Oppositionsarbeit allerdings, wie auch die Umfragen zeigen, nicht besonders gut an.

Kulturipp: Rosa Luxemburg zum 143.!



Es ist schon eine gute Tradition der Eimsbütteler LINKEN, die Erinnerung an Rosa Luxemburg durch Veranstaltungen wachzuhalten. Die berühmte Politikerin und Autorin Rosa Luxemburg (5.3.1870-15.1.1919) steht wohl wie keine andere für ein konsequentes linkssozialistisches Engagement. Ihr Leben fand ein brutales Ende, als Freikorpsmitglieder, die Reichwehrminister Gustav Noske verbunden waren, sie zusammen mit Karl Liebknecht in der Novemberrevolution ermordeten.

Das Wirken Rosas, gerade auch ihre Schriften zum Revisionismus, zur sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik, zur Akkumulation des Kapitals, zu Lenin und zur russischen Revolution sind bis heute inspirierende Quellen für eine linke, sozialistische Bewegung weltweit. Aber auch ihre teils sehr persönlichen Aufzeichnungen und Briefe haben BiographInnen und FilmemacherInnen immer wieder veranlasst, sich mit

dieser Persönlichkeit intensiv auseinanderzusetzen. In ihrem Tod spiegelt sich das ganze Drama der deutschen Revolution wider.

Umso anerkennenswerter, dass die Eimsbütteler GenossInnen auch den 143. Geburtstag Rosa Luxemburgs nicht vergessen haben. Gefeiert wird am Mittwoch, den 5. März, ab 17 Uhr im »Rosa-Luxemburg-Garten« im Wehbers Park, nahe der U-Bahnstation Emilienstraße. Als Vortragende unter dem diesjährigen Motto »Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht« werden auftreten: Hannah Benecke, Schulsprecherin des Helene-Lange-Gymnasiums; Helene Hohmeier, Landesvorsitzende der Hamburger Naturfreunde; Carola Ensslen, SPD Eimsbüttel-Nord sowie der Schauspieler Klaus Robra. Die Moderation obliegt Gerald Kemski.

Übrigens: Die OrganisatorInnen bitten darum, Blumen mitzubringen, gerne auch Fahnen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.